
Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 29. Juni 2020
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 266 Postulat Bühler Adrian und Mit. über Beurteilungskriterien für weitergehende Unterstützungsmassnahmen in der Corona-Krise / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Das Postulat P 266 sowie die Anfrage A 325 von Marcel Budmiger über die wirtschaftspolitische Strategie zur Bewältigung der Corona-Krise werden als Paket behandelt.

Folgender Antrag liegt zum Postulat P 266 vor: Der Regierungsrat beantragt Erheblicherklärung.

Marcel Budmiger ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Marcel Budmiger: Es ist spannend, dass die FDP in einer Anfrage zum Positionspapier des Regierungsrates über die Massnahmen zur Unterstützung der Luzerner Wirtschaft nach dem Höhepunkt der Corona-Krise nur Fragen zum Vorgehen und zum Abhalten einer Sondersession stellt, anstatt inhaltlich auf das Papier einzugehen. Für die SP ist nicht die Form wichtig, sondern der Inhalt, und an diesem gibt es aus unserer Sicht einiges zu bemängeln. Die Arbeitslosenzahlen im Kanton Luzern steigen überdurchschnittlich, doch bislang gab es keinen Appell der Regierung, dass man zuerst die Kurzarbeit ausschöpfen soll, bevor man Personal entlässt. Viele Menschen in unserem Kanton haben begründete Existenzängste. Diesen begegnet der Regierungsrat aber nicht mit Solidarität, sondern er verweist auf das soziale Auffangnetz der Gemeinden. Eine Umfrage des Gewerbeverbandes zeigt, dass es durchaus Unternehmen geben würde, welche auf weitere Unterstützung angewiesen wären. Die im Stich gelassenen Selbständigerwerbenden können auch ein Klagelied singen. Die SP wünscht sich einen proaktiven Kanton, welcher Prävention betreibt, statt viel Papier zu produzieren, und Massnahmen ergreift, welche den Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit, der Langzeitarbeitslosigkeit und der Sozialhilfe bekämpfen. Dazu haben wir diverse Vorstöße eingereicht.

Ludwig Peyer: Die CVP-Fraktion unterstützt das Drei-Punkte-Programm des Regierungsrates, also die Vermeidung von kantonalen Alleingängen, einen starken und aktiven Informations- und Koordinationsaustausch und bei den Bundesmassnahmen zuerst die Lücken zu analysieren und dann zu schauen, ob man diese als Kanton füllen soll. Wir unterstützen ebenfalls ausdrücklich den im Postulat P 266 aufgeführten Kriterienkatalog des Regierungsrates, insbesondere der letzte Punkt darin scheint uns sehr wichtig zu sein. Es gilt zu schauen, was im direkten Zusammenhang mit der Corona-Krise steht und was vernünftig und sachgerecht ist und einen positiven Effekt auf den Wirtschaftskreislauf hat. Wir dürfen jetzt nicht in Übereifer oder subventionspolitischen Aktivismus verfallen. Unser Wirtschaftssystem ist gut aufgestellt. Setzt man die Spritze am richtigen Ort an, wirkt das Medikament. Wird sie am falschen Ort angesetzt, können Abhängigkeit und Trägheit entstehen, was schlecht wäre. Ich denke, der Regierungsrat hat gut erkannt, wie die

Luzerner Wirtschaft aufgestellt ist und wo es aufgrund unserer Luzerner Konstellation Handlungsbedarf gibt und wo nicht. Es ist so, der Rat kann das wirtschaftspolitische Positionspapier nicht formal diskutieren. Trotzdem kann sich der Kantonsrat aber dazu äussern, und der Regierungsrat hört aufmerksam zu. Spätestens wenn gesetzliche Grundlagen oder finanzielle Mittel nötig sind, kann der Kantonsrat wenn nötig ein Veto einlegen. Mit der Erheblicherklärung des Postulats P 266 verfügen wir zudem über transparente Handlungsrichtlinien, welche der Regierungsrat anwendet.

Patrick Hauser: Im Postulat P 266 wird ein Kriterienkatalog für die kantonalen Unterstützungsmassnahmen gefordert. Die FDP unterstützt dies im Sinn der Regierung und wird das Postulat P 266 erheblich erklären. In der Antwort zur Anfrage A 325 weist die Regierung richtigerweise nicht nur auf kurzfristige, sondern auch auf möglicherweise künftig notwendige Massnahmen hin. Die Basis bildet das Positionspapier der Regierung vom 9. Juni 2020. Darin ist auch ein Monitoring enthalten. Die Betonung der Subsidiarität der kantonalen Massnahmen ist richtig. Die situative Beschleunigung umsetzungsreifer, rechtskräftig bewilligter Projekte erachten wir als sinnvoll. Die Bereitstellung von Mitteln aus dem Katastrophehilfefonds erscheint ebenfalls sinnvoll. Die Verhinderung von missbräuchlichem Mittelbezug, aber auch missbräuchlichem Mitteleinsatz ist aus Sicht der FDP von grosser Bedeutung. Die Wichtigkeit des umfassenden und zeitnahen Monitorings erscheint uns zentral. Alle Massnahmen, welche der Verhinderung von Arbeitslosigkeit dienen, sind zu begrüssen. Insgesamt gilt auch im Hinblick auf vorhin geäusserte Positionen, dass die Schuldenbremse in der heutigen finanziellen Situation genügend Spielraum zur Bewältigung der Krise lässt. Das tiefe Schuldenniveau, welches uns heute einen gewissen Spielraum erlaubt, haben wir uns hart erarbeitet. Tragen wir also weiterhin Sorge zu den Finanzen unseres Kantons. Die Mittel können auch in der Krise nur einmal eingesetzt werden. Der Kanton kann leider nicht alle Probleme lösen. «Kein Gemeinsinn ohne Eigenverantwortung», sagte Alain Berset.

Urs Brücker: Die GLP-Fraktion unterstützt das Postulat P 266. Dieses hätte man auch wegen Erfüllung ablehnen können, denn immerhin gibt es ja das Positionspapier, welches der Regierungsrat am 9. Juni 2020 verabschiedet hat. Darin sind Massnahmen und Kriterien für allfällige subsidiäre Unterstützung einzelner Branchen und Bereiche an sich schon hinlänglich beschrieben. Zur Anfrage A 325: Die Haltung des Regierungsrates ist, dass der Kanton dort unterstützen sollte, wo sich Unternehmen und Verbände nicht selber helfen können oder die Unterstützung von Bund und Gemeinden nicht reicht, und es sollte natürlich auch möglichst wenig kosten. Im Prinzip ist dies auch die Meinung der GLP, dass man sehr zurückhaltend mit dezidierter oder partieller Unterstützung sein sollte. Wenn man die Schatulle für einzelne Bereiche öffnet, besteht immer die Gefahr von Ungleichbehandlung. Die Rahmenbedingungen für ein einigermassen erfolgreiches Wirtschaften auch in solchen Extremsituationen sind zweifellos von zentraler Bedeutung. Für die GLP ist es aber auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass die Rahmenbedingungen schnell Wirkung zeigen müssen.

Michael Ledermann: Das Postulat P 266 möchte, dass der Regierungsrat Beurteilungskriterien erarbeitet, damit zukünftig Unterstützungsmassnahmen wie bisher schnell und unbürokratisch umgesetzt werden können. Die Beurteilungskriterien beziehungsweise die Beurteilungsprinzipien sollen Leitplanken bilden, um Härtefälle sowie entstandene Lücken bei Massnahmen des Bundes zu finden, zu prüfen und dann zu handeln und Massnahmen zu ergreifen. Der Postulant – so verstehe ich zumindest sein Anliegen – will solche Kriterien für alle betroffenen Lebensbereiche, also eine ganzheitliche Betrachtung überall dort, wo Härtefälle auftreten können. Beim Lesen der Stellungnahme der Regierung war ich nicht sicher, ob das der Regierung klar ist. Ich gehe aber davon aus, dass der Regierungsrat nicht nur die in der Stellungnahme erwähnten Bereiche Wirtschaft und Tourismus mit einbezieht. Im Sinn des Postulanten ist die SP für Erheblicherklärung. Wir haben heute die Möglichkeit, weitere Unterstützungsmassnahmen für Kulturschaffende und Kulturinstitutionen, für Selbständigerwerbende, für KMU oder für pflegende Angehörige zu beschliessen, damit Schlimmeres verhindert werden kann. Wir können heute etwas gegen Langzeitarbeitslosigkeit machen, Zukunftsperspektiven für Lernende schaffen und etwas

gegen Armut unternehmen, indem wir die Prämienverbilligungen erhöhen. Das Postulat P 266 ist wichtig für die Zukunft, aber wir müssen schon heute schnell und unbürokratisch Unterstützungsmassnahmen beschliessen. Menschen brauchen die Sicherheit, dass sie die nächsten Monate finanziell durchstehen werden.

Samuel Zbinden: Ich spreche zur Anfrage A 325. Als Erstes möchte ich mich im Namen der G/JG-Fraktion für die Ausarbeitung des Positionspapiers zur Stützung der Luzerner Wirtschaft bei der Regierung bedanken. Es ist richtig und wichtig, dass der Kanton Luzern in dieser Krise den Lead übernimmt und aufzeigt, wo Handlungsbedarf besteht. Viele Massnahmen zielen in die richtige Richtung; so sollen zum Beispiel Unternehmen darin unterstützt werden, künftigen Schwierigkeiten mit mehr Resilienz zu begegnen. Das begrüßt die G/JG-Fraktion. Wie auch schon von einigen Vorrednerinnen und Vorrednern erwähnt, unterstützen wir die klare Absage der Luzerner Regierung an Sparpakete und Steuererhöhungen in dieser Krise. Gleichzeitig bedauern wir, dass das Positionspapier die Realität vieler Menschen und Branchen im Kanton Luzern ignoriert. Ganz oft habe ich in dieser Krise gehört, dass wir alle im gleichen Boot sitzen würden. Dieser Satz ist schlicht falsch und für viele Menschen im Kanton Luzern eine Ohrfeige. Uns trifft vielleicht alle der gleiche Sturm, aber während einige von uns gemütlich in der Luxusyacht sitzen, müssen andere den Sturm im Holzboot überstehen. Wie wir diesen Menschen, also den sozial Schwächeren, den Arbeitslosen, den Armutsbetroffenen oder -gefährdeten helfen können, lese ich im Positionspapier mit keinem Wort. Als Affront empfinde ich, dass die Regierung in ihrem Papier die Kulturbranche nicht erwähnt, ein wichtiger Wirtschaftszweig mit zahlreichen Arbeitnehmenden. Gerade diese von den Massnahmen besonders hart und auch noch lange betroffene Branche braucht dringend unsere finanzielle Unterstützung. Die zurückhaltende Unterstützung wird damit begründet, dass die Wirtschaft das so wolle, und damit ist der Gewerbeverband gemeint. Die Wirtschaft besteht für mich aber nicht nur aus dem Gewerbeverband. Am meisten vermisst habe ich beim Lesen des Positionspapiers aber die Verbindung zu dem, was unser Rat vor einem Jahr an der letzten Sondersession beschlossen hat. Wir haben dem Regierungsrat den Auftrag erteilt aufzuzeigen, wie man in 30 Jahren im Kanton Luzern das Ziel «Netto null 2050» erreicht haben wird. Dieses Ziel erreichen wir aus meiner Sicht nicht, wenn wir sämtlichen Handlungsbedarf auf die Erarbeitung eines Planungsberichtes zum Thema Klima verschieben. Die Klimakrise liegt nicht in ferner Zukunft, sie kann nicht warten, denn sie ist bereits da. Die Gletscher schmelzen, und in Sibirien wurden in diesem Sommer 37 Grad gemessen. Das zeigt, dass wir jetzt handeln müssen. Nach dieser Krise werden wir die Luzerner Wirtschaft aufbauen müssen, und das muss ökologisch geschehen. Es wäre fatal, wenn wir in die alte, graue Wirtschaft investieren würden. Die Mehrheit dieses Rates hat keine Freude an Verboten. Diese Verbote werden allerdings nötig sein, wenn die Luzerner Wirtschaft die Transformation nicht von allein schafft. Helfen wir der Wirtschaft, den ökologischen Neustart zu schaffen.

Daniel Keller: Auch die SVP-Fraktion unterstützt das Postulat P 266. Es fordert folgerichtig, dass Unterstützungsmassnahmen für die Wirtschaft nach konkreten Kriterien ausgerichtet werden sollen. Das betrifft insbesondere die Beurteilung von Härtefällen. Der Regierungsrat geht schon seit dem 21. Juni in die richtige Richtung. Die SVP unterstützt das vom Regierungsrat ausgearbeitete Massnahmenpaket ausdrücklich. Wesentlich für uns ist in diesem Zusammenhang das Subsidiaritätsprinzip. Unkoordinierte Hilfe nach dem Giesskannenprinzip lehnen wir ab. Insbesondere unterstützen wir aber den Punkt 1 im Massnahmenpaket, dass ein weiterer Lockdown unbedingt vermieden werden muss. Heute wissen wir mehr über die Risiken, aber auch über die fatalen Nebenwirkungen für die Wirtschaft und unsere Gesellschaft im Allgemeinen. Zur Anfrage A 325: Massnahmen lehnen wir ab, weil sie Bundessache sind. Wir wollen keine zusätzlichen kantonalen Regelungen und keine zusätzliche Bürokratie.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: In diesem Paket geht es um grundsätzliche Fragen zur bisherigen Unterstützung der Wirtschaft, um die Frage, warum die Regierung den Weg über das Positionspapier und nicht über den Planungsbericht gewählt hat und um die

Beurteilungskriterien für künftige Unterstützungsmassnahmen. Unsere gesamte wirtschaftspolitische Strategie zur Bewältigung der Corona-Krise hat zum Ziel, Arbeitsplätze im Kanton Luzern zu erhalten und damit auch die Arbeitslosigkeit tief zu halten. Ich mache hier gerne den Aufruf, dass Unternehmen zuerst die Kurzarbeit nutzen sollen, bevor man Personal entlässt. Aber das wissen die Unternehmer selbstverständlich. Das Mittel der Kurzarbeit wurde geschaffen, um Arbeitsplätze über einen gewissen Zeitraum zu erhalten und eine hohe Arbeitslosigkeit kurzfristig zu verhindern. Beim Start der Krise haben wir festgelegt, dass wir Massnahmen zur Schadensbegrenzung nur subsidiär zum Bund treffen wollen. Wir haben dieses Anliegen über die Konferenz der Volkswirtschaftsdirektoren (VDK) an den Bundesrat herangetragen. Wir konnten so immer wieder Diskussionspunkte von der Basis über den Kanton direkt zum Bund tragen, und wir haben auch immer wieder gespürt, dass man uns ernst nimmt und dass man an Lösungen arbeitet. Der Bundesrat hat entsprechend gehandelt und so verhindert, dass alle Kantone eigene, unterschiedliche Lösungen erarbeiten. Natürlich haben die Kantone trotzdem noch im Rahmen ihrer eigenen Möglichkeiten verschiedene Lösungen getroffen. Wir haben uns klar auf das Vorgehen des Bundes gestützt und gesagt, dort, wo die Einschränkungen passieren, soll auch der Lead für die Unterstützungsmassnahmen liegen. Wo die Massnahmen des Bundes und der Gemeinden nicht genügen und wo der Kanton überdurchschnittlich betroffen ist im Vergleich zu anderen Kantonen, wollen wir eine zusätzlich Unterstützung prüfen. Allein mit Geld vom Staat können wir die Wirtschaft nicht retten. Notkredite ersetzen auf Dauer nicht das Spiel zwischen Angebot und Nachfrage. Es war und ist weiterhin unsere Absicht, ein direktes Eingreifen in die Wirtschaft so gut wie möglich zu vermeiden. Dieses Vorgehen wird auch von der grossen Mehrheit der Luzerner Wirtschaft begrüßt. Mit Beschluss vom April hat der Regierungsrat drei kantonale Massnahmen beschlossen mit einer subsidiären Unterstützung der Kitas, der Startups und des Tourismus. Wir haben von Anfang an sehr grossen Wert darauf gelegt, einen engen Austausch mit Organisationen der Wirtschaft, mit Gewerkschaften und mit Branchenverbänden zu pflegen und den Informationsfluss von Bern bis an die Basis und umgekehrt sicherzustellen. Dieser Austausch hat sich bewährt und wird weitergeführt. Es ist wichtig, dass wir die Situation laufend beobachten und bei Bedarf zeitgerecht und wirkungsvoll handeln können. Die Krise ist noch nicht vorbei. Ganz im Sinn des Postulats P 266 hat sich die Regierung zum Ziel gesetzt, die Massnahmen im weiteren Verlauf zielgerichtet und effektiv zu gestalten. Die Dynamik der Corona-Krise erfordert einerseits ein rasches Handeln, aber auch die Bereitschaft, je nach Entwicklung der Krise Massnahmen neu zu beurteilen. Wir wollten nicht kurzfristig und überstürzt einzelne Massnahmen beschliessen. Es war uns wichtig, eine möglichst fundierte Analyse der wirtschaftlichen Auswirkungen und eine Gesamtsicht über den Handlungsbedarf aus kurz-, mittel- und langfristiger Sicht zu erhalten. Mit dem Prozess, den ein Planungsbericht zuhanden des Kantonsrates durchlaufen müsste, hätte alles zu lange gedauert. Deshalb haben wir den Weg über dieses Positionspapier der Regierung gewählt. Dieses wurde in enger Zusammenarbeit mit der Hochschule, aber auch mit verschiedenen Branchenverbänden erarbeitet. Ausserordentliche Ereignisse erfordern manchmal auch ausserordentliches Handeln. Das Ganze ist in fünf Wochen entstanden, über 180 Inputs von Verbänden, aus der Verwaltung und aus Ihren Vorstössen wurden darin gebündelt und bewertet. Die Regierung hat an ihrer Klausur ihre Haltung zur Bewältigung der Krise in wirtschaftspolitischen Fragen besprochen. Das Positionspapier bildet also die Grundlage für die Beantwortung der Vorstösse, die wir heute debattieren, und aus den Antworten auf Ihre Vorstösse können Sie sehen, dass die Regierung sich bei den Massnahmen auf möglichst gute Rahmenbedingungen konzentriert. Das war auch immer ein Anliegen der Wirtschaft. Wir sind überzeugt, dass ein klassisches Konjunkturprogramm nicht zielführend wäre. Wir wollen mit den vorgeschlagenen Massnahmen auch verhindern, dass allfällige finanzielle Mittel durch falsche Anreize und Schwerpunkte verpuffen, insbesondere sind auch negative Mitnahmeeffekte zu vermeiden oder eben dass staatliche Unterstützung dazu führt, dass Strukturen erhalten bleiben, die schon vor der Krise im Wanken waren. Für unser zukünftiges Handeln ist uns besonders wichtig, dass wir über die notwendigen Informationen

verfügen, um die Massnahmen zielführend zu treffen. Wir bauen deshalb ein zielgerichtetes Monitoring auf, um dort hinzuschauen, wo allenfalls Probleme entstehen könnten. Das ist eine der wichtigsten Massnahmen im Hinblick auf die Zukunft, damit wir rasch erkennen, was wo läuft. Die Erarbeitung erfolgt unter Federführung der Dienststelle Raum und Wirtschaft (Rawi) in enger Zusammenarbeit mit Lustat, mit dem Sozialversicherungszentrum WAS Wirtschaft Arbeit Soziales, Geschäftsfeld wira Luzern, und Branchenverbänden, von denen wir Zahlen über die Entwicklung der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes erhalten. Auf der Basis dieser Daten und Informationen soll zudem die wirtschaftliche Entwicklung vor und nach der Corona-Pandemie aufgearbeitet werden, um mit sogenannten Früherkennungsindikatoren die politischen Entscheide weiterhin zu entwickeln. Bei der Beurteilung aller künftigen Unterstützungsmaßnahmen in der Corona-Krise können wir uns dann an diesen Massnahmen orientieren respektive auch an den Handlungsleitsätzen, die wir Ihnen im Positionspapier dargelegt haben. Bezüglich Kurzarbeit und Selbständigerwerbende: Diese Anliegen haben wir aufgenommen und in Bern platziert. Gemäss neusten Informationen könnte es bereits in den nächsten Tagen eine Information des Bundesrates zu diesen beiden Themen geben. Einerseits geht es um die Verlängerung der Kurzarbeitszeit von 12 auf 18 Monate in gewissen Bereichen und andererseit um das Problem der Selbständigerwebenden, bei dem der Bundesrat bereits im Mai etwas rückgängig gemacht hat. Zum Votum von Samuel Zbinden: Ja, wir sind der Überzeugung, dass es mit der wirtschaftlichen Sozialhilfe ein existierendes soziales Netz gibt auf Ebene der Gemeinden. Alle unsere Institutionen, die auch in guten Zeiten da sind, versuchen jetzt, diesen Menschen in Not zu helfen. Das ist uns wichtig. Die Kultur wird heute in der Session behandelt, hätte aber den Rahmen des Positionspapiers gesprengt. Beim Klima bleiben wir weiter dran. Trotz Corona finden Workshops statt, und der Planungsbericht Klima- und Energiepolitik ist nach wie vor zeitlich auf Kurs. Es ist uns wichtig, dass das Thema gemäss Zeitplan weiterbearbeitet wird. Ich beantrage die Erheblicherklärung von Postulat P 266 und danke für Ihre Unterstützung.

Der Rat erklärt das Postulat P 266 erheblich.